

## An alle Mitglieder der Landessynode der EKBO

### Information der 'Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche' zum Antrag D 13

Die Begründung zum Antrag über ein Darlehen von 3,25 Mio. Euro an die Stiftung Garnisonkirche Potsdam zum Wiederaufbau der umstrittenen Garnisonkirche ist in vielerlei Hinsicht irritierend und enttäuschend für Großteile der Potsdamer Bevölkerung. Die Antragsvorlage bemüht sich in keinsten Weise, die Sach- und Diskussionslage rund um die Garnisonkirche fair und ausgewogen darzulegen. Daher möchten wir Ihnen auf diesem Wege unsere Sicht der Dinge aufzeigen, damit Sie eine bessere Grundlage für die Abstimmung haben.

### **„Versöhnung leben“ – Wiederaufbau trotz erfolgreichem Bürgerbegehren? Wie glaubwürdig ist der Versöhnungsanspruch?**

Die Antragsvorlage verschweigt den seit Jahrzehnten andauernden vielfältigen Widerstand der Potsdamer Zivilgesellschaft gegen die Garnisonkirche, immer verbunden mit der Forderung nach einem direktdemokratischen Votum.

2014 wurde schließlich ein Bürgerbegehren gegen die Garnisonkirche durchgeführt. Trotz rechtlich schwieriger Vorgaben durch die Kommunalverfassung Brandenburgs – ein Bürgerbegehren im Land Brandenburg kann nicht gegen Baugenehmigungen durchgeführt werden – konnte mittels einer Fragestellung zur Auflösung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam ein Votum der Potsdamer\*innen eingeholt werden. 14.285 gültige Stimmen von Potsdamer Bürger\*innen wurden in 3 ½ Monaten gesammelt. Das erfolgreichste Bürgerbegehren der Landeshauptstadt Potsdam wurde von der Stadtverordnetenversammlung ausgebremst, indem der Bürgerentscheid durch ein abschließendes Votum verhindert wurde. Die Wiederaufbaubefürworter\*innen missachten bisher das Bestreben nach einer Bürgerbefragung.

Die Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche ist ein Zusammenschluss von jungen und alten Potsdamerinnen und Potsdamern mit unterschiedlichen Hintergründen aber mit einem gemeinsamen Ziel.

Seit unserer Gründung im Mai 2011 setzen wir uns für eine zeitgemäße, demokratische und zivilgesellschaftliche Stadtgestaltung ein. Wir möchten den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche als Symbol von Macht-, Kriegs- und Herrschaftsromantik verhindern. Uns empört die Steuerverschwendung für eine historische Fassadenkopie, während in unserer Stadt und anderswo wertvolle Denkmäler und Gedenkstätten unterfinanziert sind.

Wir befürworten einen ergebnisoffenen Dialog über die Gestaltung des Ortes an der Breiten Straße.

Unser Motto ist:

Demokratie wagen – Potsdam fragen!

[info@ohne-garnisonkirche.de](mailto:info@ohne-garnisonkirche.de)

[www.ohne-garnisonkirche.de](http://www.ohne-garnisonkirche.de)

Sollte die Landessynode der EKBO sich der Ignoranz von Garnisonkirchenstiftung, Fördergesellschaft und Stadtverordnetenversammlung gegenüber der Potsdamer Bevölkerung anschließen, wird nicht der Samen der Versöhnung gesät, sondern die Spaltung und das Unverständnis in der Potsdamer Bevölkerung gefördert.

Dagegen ist unser immer wieder aufgezeigter Vorschlag ein Weg zu mehr Legitimation und Aufeinanderzugehens:

1. Durchführung einer Bürgerbefragung über das Ja oder Nein zum Wiederaufbau des Garnisonkirchenturms und dadurch Schaffung einer Legitimation für oder gegen den Wiederaufbau für einen weiteren konstruktiven Umgang mit der Gestaltung des Ortes.
2. Planung zur Gestaltung des Ortes gemeinsam mit der Potsdamer Bevölkerung ausgehend vom Abstimmungsergebnis.

## **„Geschichte erinnern“ – eine ausgewogene Auseinandersetzung mit der Geschichte im Schatten des Wiederaufbaus ist nicht möglich**

Die Antragsvorlage zeigt in ihrem Umgang mit der Geschichte, dass die Kirchenleitung zwar die Ambivalenz und Zwiespältigkeit der Garnisonkirchengeschichte andeutet, aber unfähig ist, diese Zwiespältigkeit unvoreingenommen auch im Detail zu benennen. Zu sehr steht der Wille zum Wiederaufbau im Weg für eine ausgewogene inhaltliche Analyse der Garnisonkirchengeschichte. Dem Wiederaufbau aus dem Blickwinkel der EKBO nützt es, wenn die historische Last der Garnisonkirche geschmälert wird.

Schon dieser Interessenkonflikt führt zu der Unmöglichkeit, sachlich mit der Geschichte umzugehen, was die Antragsvorlage exemplarisch vorführt:

### **Verschweigen der Allianz zwischen Thron und Altar in der Geschichte der Garnisonkirche**

Obwohl immer wieder die Ambivalenz der Garnisonkirchengeschichte betont wird, werden in der Antragsvorlage zwar große Teile darauf verwendet, die Sprengung der Garnisonkirche zu kritisieren oder angeblich positive Ereignisse in der Garnisonkirchengeschichte hervorzuheben. An keiner Stelle wird aber auf die unheilige Allianz zwischen Thron und Altar, wofür die Potsdamer Garnisonkirche exemplarisch stand, eingegangen.

### **Die Sprengung der Garnisonkirchenruine**

Die Sprengung der Garnisonkirchenruine war kein Akt der Kulturbarbarei aus ideologischen Gründen. Wie auch Kirchensprengungen in Westdeutschland war der Beschluss zur Sprengung gemäß des Zeithistorikers Prof. Dr. Martin Sabrow vom Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam ein Ergebnis aus vielen stadtpolitischen Faktoren, die andere Prioritäten während des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Stadt setzten, wobei ideologische Gründe keine große Rolle spielten. Im Gegenteil: Andere Kirchenbauten wie die Nikolaikirche wurden mit aller Kraft vom DDR-Staat gefördert. Wie Matthias Grünzig, Architekturjournalist in einem Vortrag am 23.04.2015 in der Fachhochschule Potsdam mittels der Analyse von Kirchenarchiven feststellte, legte die evangelische Kirche nach 1945 keinen Wert auf den Erhalt geschweige denn den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Somit reagierte die Kirche auf die Abrissbemühungen bei der Garnisonkirche widersprüchlich. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg protestierte zwar gegen den Abriss. Auf der anderen Seite gab es keine Bemühungen der Landeskirche, Gelder oder Baukapazitäten für den Erhalt der Garnisonkirche zu beschaffen. Die Garnisonkirche wurde auch nicht in die Spendenaktion „Potsdam – Stadt des kirchlichen Wiederaufbaus“ einbezogen. Die Heilig-Kreuz-Gemeinde unter Leitung ihres Pfarrers Uwe Dittmer dagegen kämpfte vehement gegen den Abriss.

Die damalige in der Garnisonkirche ansässige Heilig-Kreuz-Gemeinde wurde in Höhe von 600.000 DDR-Mark entschädigt und bekam ein neues Gemeindezentrum, wo ihr Gemeindeleben aufblühte.

Mehr Informationen und Link zum Vortrag von Herrn Matthias Grünzig:

<https://ohnegarnisonkirche.wordpress.com/garnisonkirche-von-45-bis-68/>

### **Garnisonkirche – ein bedeutsamer Ort für den 20. Juli 1944?**

Mit der Erwähnung der Männer des 20. Juli 1944 versucht die Leitung der EKBO zu suggerieren, dass die Garnisonkirche ein bedeutsamer Ort des Widerstands gegen Hitler war. Wider besseres Wissens bringt die

Kirchenleitung eine Legende hervor, die von Historikern schon längst widerlegt ist. Die Garnisonkirche war kein bedeutsamer Ort für den Widerstand gegen Hitler, denn vergeblich sucht man nach Zeugnissen über die inneren Auseinandersetzungen der Pfarrer und Soldaten in der Garnisonkirche, mit Blick auf das NS- Regime, den Krieg und das eigene Gewissen. Es ist lediglich bekannt, dass einige Widerständler aus den Reihen des Infanterieregiments 9 stammten. Als Hauskirche des kaiserlichen Ersten Garderegiments, dessen Tradition im Infanterieregiment 9 (IR 9) ungebrochen fortgeführt wurde, bot die Garnisonkirche nicht nur einigen Widerständlern einen Kirchenplatz, sondern „beherbergte“ auch sehr viel mehr flammende Nationalsozialisten (von Keyserlingk 2013).

### **Die Amtseinführung des ersten „frei“ gewählten Magistrats in der Garnisonkirche**

Es ist schon bemerkenswert einseitig, dass dieses Ereignis als positives Geschichtsdetail der Garnisonkirche aufgezählt wird, ohne Details dieses „frei“ gewählten Magistrats zu benennen. Eine ausgewogene Geschichtsschreibung, die sich „Geschichte erinnern“ auf die Fahnen schreibt, muss aber auch dies beachten: Die Wahl vom 12.-13. März 1809 erfolgte nach dem Zensuswahlrecht. Potsdam zählte damals 17.000 Einwohner, stimmberechtigt waren 947 Bürger. Frauen hatten kein Wahlrecht, Voraussetzung für die Teilnahme von Männern an der Wahl war der Nachweis von Finanzmitteln durch Zahlung eines Bürgergeldes. Aus dieser Tatsache erklärt sich die geringe Wahlbeteiligung von gerade mal 6 Prozent der Einwohner Potsdams.

[https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/Potsdam\\_Wahlen\\_histor.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/Potsdam_Wahlen_histor.pdf)

### **Die Darstellung der Vereinigung von Lutheranern und Reformierten als positives Ereignis**

Der einseitige Umgang mit der Geschichte, um die Garnisonkirche ins positive Licht zu rücken, setzt sich fort: Als positives Ereignis wird von der Kirchenleitung die Vereinigung von Reformierten und Lutheranern aus bisher eigenständigen Gemeinden, zu einer evangelischen Gemeinde an der Potsdamer Hof- und Garnisonkirche (Unionsurkunde vom 27.09. 1817) dargestellt. Diese Vereinigung war aber kein Ausdruck reformatorischer Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen, sondern ist ein Beleg für eine autoritär von „von oben“ dekretierte Zwangsvereinigung zur Uniformierung des Glaubens. Durch Kabinettsorder von Friedrich Wilhelm III. wurde 1811 der Talar als Amtstracht für Geistliche eingeführt. Die Vereinigung von Lutheranern und Reformierten führte zur Erweiterung und Festigung des Bündnisses von Thron und Altar in Preußen, dadurch wurde das Bollwerk gegen die aufrührerischen Ideen der französischen Revolution weiter gefestigt. Gegen die angeordnete Union widerständige Lutheraner wurden als Dissidenten verfolgt, enteignet, vertrieben und inhaftiert.

### **„Verantwortung lernen“ – Bei Kosten und Finanzierung keine Verantwortung in Sicht**

Seit Jahren wird über die Zusammensetzung des Spendenstands geschwiegen. Mehrere Anfragen blieben unbeantwortet. Auch die Auflistung in anonymer Form von Spenden und bisher getätigten Kosten wurde abgelehnt. Im April 2014 musste die Garnisonkirchenstiftung vor dem Hauptausschuss der Potsdamer Stadtversammlung zugeben, dass sie ohne Bundesförderung nur 1 Mio. Euro zur Verfügung hat. Im Spätsommer 2014, nach dem Bürgerbegehren gegen die Garnisonkirche, hieß es dann, dass die SGP schon die Hälfte der Baukosten des Garnisonkirchenturms zusammen hat. Welche Spenden die SGP erreicht haben, wurde nicht erklärt. Nun sehen wir, dass die SGP es darauf anlegt, die Baukosten durch Abspecken des Turms herunter zu rechnen. Dagegen hat erst kürzlich Herr Steinfest, Finanz- und Bauexperte, dargestellt, dass schon allein die im Jahr 2012 kalkulierten Baukosten von 40 Mio. Euro nicht mehr aktuell sein können. Vielmehr muss mit einer aktuellen Summe von 50 Mio. Euro gerechnet werden (<http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Garnisonkirche-Warnung-vor-Millionengrab>). Seit Jahrzehnten schafft es die Stiftung nicht, relevante Spendensummen für den umstrittensten Kirchenbau Deutschlands aufzutreiben. Dass nach dem Baubeginn bei diesem umstrittenen Projekt die Spenden fließen sollen,

ist eine unverantwortliche Aussage, die nur darauf abzielt, dass weitere öffentliche oder kirchliche Mittelgeber schon einspringen werden.

Die folgenden Darstellungen zeugen davon, dass die Antragsvorlage keinen Wert auf Transparenz und Ehrlichkeit bei der Finanzierung legt. So heißt es: „Der Bund ist bereit, den Bau des Turms mit 12 Mio. Euro zu fördern. Auch für diesen ersten Bauabschnitt des Turms ohne Turmhaube fehlten dann immer noch 7,8 Mio. Euro“ Die Aussage suggeriert, dass die Bundesregierung mit dem Konzept des 26,1 Mio. Euro – Turmstumpfs einverstanden sei. Dass dieses Finanzierungskonzept aber erst in Prüfung ist und überhaupt nicht klar ist, ob und in welcher Höhe der Bund das Projekt anschließend noch für förderwürdig hält, wird verschwiegen.

Schon fast hat man die Versprechen von Wolfgang Huber vor einigen Jahren vergessen, dass das Garnisonkirchenprojekt vollständig mit Spenden finanziert werden sollte. Die 100%-Spendenfinanzierung war das ewige Mantra der Wiederaufbaubefürworter\*innen, um ein positives Votum gegenüber dem Wiederaufbau im Jahr 2008 in der Stadtverordnetenversammlung zu erlangen. Nach erfolgloser Spendensammlung ist es nun absehbar, dass das Projekt nahezu komplett mit öffentlichen Mitteln und Kirchensteuern bezahlt werden soll. Dabei wird offensichtlich seitens der EKBO das unverantwortliche Risiko in Kauf genommen, dass in Potsdam die Entstehung einer Bauruine droht.

In Bezug zu anderen Projekten fragen wir uns, wo die Verantwortung der evangelischen Kirche liegt, wenn hohe Summen an Geldern bereitstehen, um alte Machtsymbole wiederaufzubauen, während andere, bestehende Gebäude wie die einsturzgefährdete Friedenskirche als Teil des Weltkulturerbes in Potsdam verfallen und dringend Geld für die Sanierung brauchen.

Informationen zur Friedenskirche:

[http://www.denkmalschutz.de/fileadmin/media/PDF/Brosch%C3%BCren/DSD\\_FriedenskirchePotsdam\\_end.pdf](http://www.denkmalschutz.de/fileadmin/media/PDF/Brosch%C3%BCren/DSD_FriedenskirchePotsdam_end.pdf)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Friedenskirche\\_\(Potsdam\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedenskirche_(Potsdam))

## **Zu guter Letzt unsere Thesen:**

- Die Missachtung des Bestrebens nach einer direktdemokratischen Bürgerbeteiligung steht im großen Widerspruch zur proklamierten Versöhnung. Wenn von Protest der Potsdamer Stadtgesellschaft gegen den Abriss der Garnisonkirche im Jahr 1968 gesprochen wird, sollte der heutige Protest gegen den Wiederaufbau nicht ignoriert werden.
- Das Bestreben des Wiederaufbaus des Garnisonkirchenturms behindert eine ausgewogene Auseinandersetzung mit der Geschichte und endet meist in der Verklärung, um den geschichtlichen Makel klein zu halten und potentielle Spender nicht zu verschrecken.
- Statt sich mit den Inhalten der historischen Bedeutung des Ortes zu befassen, wird die inhaltliche Diskussion vom Architekturstreit überlagert.
- Eine neu gestaltete Gedenkstätte mit Pädagog\*innen und Historiker\*innen, die Abstand zur Debatte um die Garnisonkirche haben, kann hier viel bessere und angemessenere Arbeit leisten, als Wiederaufbaubefürworter\*innen, denen es in erster Linie um die städtebauliche Rekonstruktion geht.
- Ein Ort der Versöhnung braucht kein 40 Mio. Euro bis 50 Mio. Euro teures Gebäude, schon gar nicht eine halbfertige Bauruine.
- Es gibt einen Weg aus dem Dilemma: eine echte Bürgerbeteiligung mittels eines Votums über das Ja oder Nein zum Garnisonkirchenturm, um dann mit diesem Ergebnis einen konstruktiven Umgang mit der Gestaltung dieses Ortes zu erarbeiten – nicht gegen die Potsdamer Bevölkerung sondern mit ihr!